

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Britta Haßelmann, Stefan Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/9582 –**

### **Förderpolitik für gleichwertige Lebensverhältnisse**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Unsere Regionen entwickeln sich nach Ansicht der Fragesteller immer weiter auseinander. Auf der einen Seite boomen Metropolregionen, ziehen Unternehmen und Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem In- und Ausland an und schaffen neue Herausforderungen für die Stadtplanung. Auf der anderen Seite drohen Orte und ganze Landstriche zu veröden und Infrastrukturen zu verfallen (vgl. [www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Die\\_demografische\\_Lage\\_2019/Demografische\\_Lage\\_online.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2019/Demografische_Lage_online.pdf)).

Ziel der Strukturpolitik sollte es nach Auffassung der Fragesteller sein, die Auswirkungen solcher Entwicklungen zielgenau zu steuern. Es existieren zahlreiche Förderprogramme und Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der EU mit ebendiesem Ziel (u. a. GRW – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ –, Städtebauförderung, ERP-Regionalprogramm – ERP = European Recovery Programme –, „Kommunen innovativ“, ELER – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums –, EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung). In diesem Förderdschungel den Überblick zu behalten, ist jedoch schwierig. Die mangelnde Kenntnis über die Programme, die oftmals herausfordernde und zeitaufwendige Beantragung der Gelder und Personalengpässe in vielen Kommunalverwaltungen, führen aus Sicht der Fragesteller dazu, dass viele Programme über Jahre hinweg schlecht abgerufen werden bzw. die Mittel nicht dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in strukturschwachen Regionen.

Viele der Förderprogramme sind nach Ansicht der Fragesteller unabdingbar, um die Kluft zwischen wirtschaftlich prosperierenden und strukturschwachen Regionen zu verringern und dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse näherzukommen. Dennoch bedürfen sie einer Überarbeitung, um die Förderkulisse übersichtlicher für ihre Adressaten zu gestalten und noch passgenauer auf deren Bedürfnisse zu reagieren. In einer eigens hierfür eingesetzten Facharbeitsgruppe von Bund und Ländern innerhalb der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird u. a. die Umgestaltung der Förderlandschaft mit dem Fokus auf strukturschwache Regionen behandelt ([www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-schaffen-1515788](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-schaffen-1515788)).

Für eine zielgenauere Förderpolitik, muss nach Auffassung der Fragesteller zuerst ein Überblick erarbeitet werden, welche Unterstützungsmöglichkeiten es von Bundesseite bereits gibt und in welcher Höhe diese abgerufen werden. Denn nur so kann nach Auffassung der Fragesteller endlich damit begonnen werden, das Fördersystem ganzheitlich zu überarbeiten und sicherzustellen, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit der Kleinen Anfrage 19/9582 erkundigt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einem Überblick über die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen des Bundes für strukturschwache Regionen, einschließlich des Mittelabrufs bei den entsprechenden Förderprogrammen. Dies sei Voraussetzung für eine ganzheitliche Überarbeitung des Fördersystems zugunsten gleichwertiger Lebensverhältnisse. Verwiesen wird auf die laufenden Arbeiten der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die Handlungsempfehlungen mit Blick auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland vorlegen soll. Sie soll u. a. ein gesamtdeutsches Fördersystem des Bundes für strukturschwache Regionen entwickeln. Angesichts des Auslaufens des Solidarpaktes II für die ostdeutschen Bundesländer Ende 2019 soll mit dem gesamtdeutschen Fördersystem ein verlässlicher Rahmen für die Förderung strukturschwacher Regionen geschaffen werden. Über spezifische Ausrichtungen von Förderprogrammen soll die Investitions- und Innovationstätigkeit in strukturschwachen Regionen gefördert und die Infrastruktur und Daseinsvorsorge gestärkt werden. Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird voraussichtlich im Juli 2019 ihren Bericht vorlegen. Aufgrund der laufenden Kommissionsarbeit können zum jetzigen Zeitpunkt keine weitergehenden Ausführungen zur Arbeit und zu den Ergebnissen der Kommission gemacht werden.

1. Über welche Förderprogramme beziehungsweise Haushaltstitel und in welcher Höhe etatisiert der Bund für Länder und Kommunen finanzielle Mittel im Haushalt (inklusive Zuschüssen, zinsvergünstigten Darlehen und öffentlichen Bürgschaften; bitte nach Ressortzuständigkeit, Programm bzw. Haushaltstitel und Volumen aufschlüsseln)?

Der Bund etatisiert finanzielle Mittel für Länder und Kommunen nur in Ausnahmefällen, so z. B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), die bundeseitig im Haushalt des BMWi etatisiert ist (s. u.). Für die Innovationsförderprogramme des Bundes erfolgt eine zielgruppenspezifische Mittelbewilligung im Rahmen wettbewerblicher Begutachtungs- und Auswahlverfahren und keine direkte Etatisierung für Länder und Kommunen. Im Bundeshaushalt etatisiert sind über die GRW hinaus finanzielle Mittel für zahlreiche Förderprogramme des Bundes, die in strukturschwachen Ländern und Kommunen eine positive strukturpolitische Wirkung entfalten. In der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird gegenwärtig ein Vorschlag für ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen erarbeitet, in dem die wesentlichen Förderprogramme des Bundes zur Stärkung von Wachstum, Innovationen und Standortbedingungen in diesen Regionen zusammengefasst werden. Grundlage der Arbeiten sind die Empfehlungen der „Eckpunkte des Bundes für ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ab 2020“ vom Mai 2015, in denen Bundesprogramme für eine Teilnahme am gesamtdeutschen Fördersystem vorgeschlagen werden. Auf diese Programme wird nachfolgend verwiesen.

## BMW:

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW, Kapitel 0902, Titel 88201, Mittelansatz Soll 2019: 600 000 TEuro)
- „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM, Kapitel 0901, Titel 68301, Mittelansatz Soll 2019: 558 700 TEuro)
- FuE-Förderung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen in strukturschwachen Regionen („INNO-KOM“, Kapitel 0901, Titel 68601, Unterteil 2, Mittelansatz Soll 2019 des gesamten Titels: 245 430 TEuro, vorgesehene Soll 2019 für Unterteil 2 laut Erläuterungen: 76 430 TEuro)

## BMBF:

- „Innovationsförderung in den neuen Ländern und regionaler Strukturwandel“, (Kapitel 3004, Titel 68510, Mittelansatz Soll 2019: 183 000 TEuro)
- „Finanzhilfen an die Länder für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in die bildungsbezogene digitale Infrastruktur für Schulen“ (DigitalPakt Schule 2019-2024; Kapitel 60 97, Titel 88221, Mittelansatz Soll 2019: 720 000 TEuro)

## BMI:

- Zuweisungen zur Förderung des Städtebaus/Städtebauförderung (Kapitel 0604, Titel 88211, Mittelansatz Soll 2019: 790 000 TEuro)

## BMEL:

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK, Kapitel 1003, Mittelansatz Soll 2019: 900 000 TEuro)

2. Wie hoch war jeweils der Mittelabruf der in Frage 1 genannten Programme in den letzten fünf Haushaltsjahren, für die diese Informationen vorliegen, und wie wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die Mittel zwischen den Ländern und Regionen verteilt (bitte nach Programm beziehungsweise Haushaltstitel, Verfügungsrahmen und Abrufquote, Land und Raumordnungs- bzw. Arbeitsmarktregion und Jahr aufschlüsseln)?

## BMW:

- GRW (Kapitel 0902, Titel 88201)

Auf die anliegende Tabelle 1 wird verwiesen.

- ZIM (Kapitel 0901, Titel 68301)

Auf die anliegende Tabelle 2 wird verwiesen.

Zu den in der Übersicht dargestellten ausgereichten Fördermitteln fallen weiterhin jährlich ca. 21 000 TEuro Ausgaben für Verwaltungskosten für die Projektträger, Auszahlungen für spezifische Vorhaben (z B. Fachtagungen, Studien) sowie Kosten für die Abwicklung von Vorgängermaßnahmen an, die nicht auf die Länder aufgeteilt werden können.

Die Förderung im ZIM ist nicht auf Sollzahlen für die Länder, Technologiefelder etc. ausgerichtet. Das Programm ist branchen- und technologieoffen, die Verteilung der Mittel auf die Länder richtet sich nach den eingehenden Anträgen: Anträge können laufend gestellt werden; die Unternehmen entscheiden

selbst ob und wann sie das tun („bottom-up“). Die Kriterien für die Bewilligung einer Förderung richten sich nach der ZIM-Richtlinie – entscheidend sind Innovationshöhe und Marktchancen.

- FuE-Förderung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen in strukturschwachen Regionen („INNO-KOM“, Kapitel 0901, Titel 68601, Unterteil 2, Mittelansatz Soll 2019 des gesamten Titels: 245 430 TEuro, vorgesehene Soll 2019 für Unterteil 2 laut Erläuterungen: 76 430 TEuro)
- „INNO-KOM“ (Kapitel 0901, Titel 68601)

Die Daten können der anliegenden Tabelle 3 entnommen werden.

Hinweis: Bis 2016 lief das Vorgängerprogramm INNO-KOM Ost, bei welchem nur die neuen Bundesländer gefördert wurden. Mit der neuen Richtlinie zu INNO-KOM werden seit 2017 neben den neuen Bundesländern auch strukturschwache Regionen im alten Bundesgebiet gefördert.

BMBF:

- „Innovationsförderung in den neuen Ländern und regionaler Strukturwandel“, (Kapitel 3004, Titel 685 10)

Bundesland	2014	2015	2016	2017	2018	2014 - 2018
Baden-Württemberg	188.014	263.407	2.029.213	2.522.947	2.682.675	7.686.255
Bayern	2.062.301	2.336.205	1.706.545	3.515.435	3.597.434	13.217.919
Berlin	11.752.262	14.763.962	16.186.157	17.013.440	14.505.507	74.221.328
Brandenburg	9.951.394	10.967.030	13.379.409	18.467.244	11.163.418	63.928.494
Bremen			404.967	1.103.201	1.042.871	2.551.040
Hamburg	131.048	56.164	368.859	247.672	255.587	1.059.330
Hessen	138.483	102.011	330.188	477.605	594.801	1.643.089
Mecklenburg-Vorpommern	16.830.632	6.462.487	13.385.586	13.583.229	12.527.711	62.789.644
Niedersachsen	414.043	366.344	1.100.888	2.557.068	2.230.646	6.668.989
Nordrhein-Westfalen	6.123.886	6.321.955	11.723.577	15.266.076	17.041.518	56.477.012
Rheinland-Pfalz		50.000	169.997	113.002	531.169	864.168
Saarland			4.486	52.852	41.034	98.372
Sachsen	34.537.698	41.403.388	47.285.761	56.397.240	41.927.232	221.551.320
Sachsen-Anhalt	8.392.928	10.071.718	14.203.062	13.126.355	9.687.688	55.481.752
Thüringen	23.950.876	29.015.869	30.862.294	31.252.976	24.435.940	139.517.955
Schleswig-Holstein					28.693	28.693
<b>Gesamtergebnis</b>	114.473.563	122.180.540	153.140.989	175.696.341	142.293.925	707.785.359

## BMI:

- Die Bundesmittel Städtebauförderung (Förderung des Städtebaus/Städtebauförderung, Kapitel 0604, Titel 882 11) wurden gemäß der zugrunde liegenden Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung 2014 bis 2018 wie folgt auf die Länder verteilt:

Bundesland	Finanzhilfen des Bundes in Tausend Euro				
	2014	2015	2016	2017	2018
Baden Württemberg	59 367	60 225	56 290	76 489	76 387
Bayern	70 161	70 557	66 152	89 910	90 650
Berlin Ost	19 282	19 400	18 092	21 852	21 891
Berlin West	15 102	15 082	14 050	19 113	18 966
Brandenburg	41 762	41 546	38 692	46 814	46 878
Bremen	4 428	4 404	4 088	5 563	5 494
Hamburg	10 325	10 358	9 709	13 270	13 427
Hessen	36 926	37 002	34 658	46 981	46 969
Mecklenburg-Vorpommern	27 886	27 657	25 732	31 151	31 216
Niedersachsen	47 578	47 806	44 646	60 716	60 701
Nordrhein-Westfalen	114 533	114 909	107 380	145 677	145 152
Rheinland-Pfalz	24 086	23 880	22 311	30 239	30 583
Saarland	7 256	7 133	6 654	9 027	9 116
Sachsen	71 784	71 267	66 356	79 802	79 258
Sachsen-Anhalt	42 717	42 101	39 063	46 946	46 630
Schleswig-Holstein	16 243	16 290	15 238	20 722	20 890
Thüringen	37 314	37 133	34 630	41 778	41 842
<b>Insgesamt</b>	<b>646 750</b>	<b>646 750</b>	<b>603 741</b>	<b>786 050*</b>	<b>786 050*</b>

\* Die Summe weicht von den etatisierten 790 000 Euro ab, da ein Anteil von 0,5 Prozent der Mittel für die Evaluation/Forschung vorgesehen ist.

Die Bundesmittel wurden zu 100 Prozent gebunden (zwischen 99,9952077 Prozent und 100 Prozent), der Kassenmittelabfluss lag zwischen 81 Prozent bis 87 Prozent (im übrigen Bildung von Ausgaberesten). Der regionale Einsatz der Bundesmittel als Bundesfinanzhilfe innerhalb der Länder oblag den Ländern selbst.

## BMEL:

- GAK (Kapitel 1003): Mittelabruf der letzten 5 HHJ und Verteilung Bundesländer

Die Daten können der anliegenden Tabelle 4 entnommen werden.

3. Über welche Programme und Instrumente hat der Bund die Möglichkeit, Kommunen Finanzmittel direkt zur Verfügung zu stellen (bitte nach Ressortzuständigkeit, Programmittel, Haushaltstitel und Volumen auflisten)?

Die Kommunen sind im zweigliedrigen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland der staatlichen Ebene der Länder zugeordnet. Unmittelbare Finanztransfers des Bundes an die Kommunen sind daher nur in Ausnahmefällen möglich.

BMWi:

- Unternehmen Revier (Kapitel 6092, Titel 686 12, Mittelansatz Soll 2019: 8 000 TEuro)

Im Rahmen des befristeten Bundesmodellvorhabens „Unternehmen Revier“ können auch Kommunen in den vier Braunkohlerevieren (Lausitzer Revier, Rheinisches Revier, Mitteldeutsches Revier, Helmstedter Revier), die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, gefördert werden.

BMBF:

- Förderbekanntmachung „Kommunen innovativ“ im BMBF-Programm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung – FONa3“ (Kapitel 3004, Titel 685 42, Mittelansatz Soll 2019: 4 100 TEuro)

Förderbekanntmachung „Stadt-Land-Plus“ im BMBF-Programm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung – FONa3“ (Kapitel 3004, Titel 685 42, Mittelansatz Soll 2019: 6 500 TEuro)

- Im Rahmen des BMBF-Förderprogramms JOBSTARTER (Kapitel 3002, Titel 68520, Mittelansatz Soll 2019: 24 342,222 TEuro) und des BMBF-Modellversuchsförderschwerpunkts „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung 2015 bis 2019“ (Kapitel 3002, Titel 685 20, Mittelansatz Soll 2019: 2 454,428 TEuro) werden im geringen Umfang auch Kommunen gefördert.

BMI:

- Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (Kapitel 0604, Titelgruppe 02, Titel 891 24, Mittelansatz Soll 2019: 49 900 TEuro)
- Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus (Kapitel 0604, Titelgruppe. 01, Titel 882 93, Mittelansatz Soll 2019: 45 750 TEuro)

4. Inwiefern wird die vorausgesagte Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung (vgl. [www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/konjunktur-wirtschaftswaisenken-wachstumsprognose-auf-08-prozent-dpa.urn-newsml-dpa-com-2009-0101-190319-99-448714](http://www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/konjunktur-wirtschaftswaisenken-wachstumsprognose-auf-08-prozent-dpa.urn-newsml-dpa-com-2009-0101-190319-99-448714)) eine Auswirkung auf die Förderpolitik des Bundes haben, und welche konkreten Folgen hat diese ggf. bereits auf den Bundeshaushalt 2020?

Das Verfahren zur Aufstellung des Regierungsentwurfes für den Bundeshaushalt für das Jahr 2020 ist noch nicht abgeschlossen. Eine Aussage ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

5. Welche EU-Förderprogramme ruft der Bund ggf. gemeinsam mit den Ländern in welcher Höhe und zu jeweils welchem konkreten Zweck ab (bitte nach Ressortzuständigkeit, Programmtitel und Volumen für die Länder aufschlüsseln)?

Die wichtigste EU-Politik zur Verringerung der Entwicklungsunterschiede der verschiedenen Regionen innerhalb der EU und des Rückstands der am stärksten benachteiligten Gebiete ist die EU-Kohäsionspolitik. Dabei unterstützt die EU die Regionen innerhalb Europas in der laufenden Förderperiode (2014 bis 2020) durch die fünf Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds). Deutschland erhält Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Der Kohäsionsfonds richtet sich nur an die EU-Mitgliedstaaten, deren Bruttonationaleinkommen pro Einwohner unterhalb von 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung der jeweiligen Fonds sind in der zwischen Deutschland und der EU-Kommission geschlossenen Partnerschaftsvereinbarung für die Förderperiode 2014 bis 2020 dargelegt.

Der EFRE fördert zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau der regionalen Disparitäten im Wesentlichen die folgenden thematischen Ziele:

- Ziel 1 „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“
- Ziel 3 „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU“
- Ziel 4 „Förderung der Bestrebungen zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft“.

Der ESF verfolgt folgende thematischen Ziele:

- Ziel 8 „Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte“,
- Ziel 9 „Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung“ und
- Ziel 10 „Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen“.

Der ELER fördert insbesondere Investitionen zur Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und der Klimaschutzpolitik sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den ländlichen Gebieten.

Der EMFF gewährleistet die Unterstützung der Gemeinsamen Fischereipolitik für die Erhaltung der lebenden Meeresressourcen, für die Bewirtschaftung von Fischereien und Flotten, die diese Ressourcen befischen, sowie für lebende Süßwasserressourcen und Aquakultur, sowie für die Verarbeitung und Vermarktung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen. Darüber trägt der EMFF zur Unterstützung der Integrierten Meerespolitik bei.

Mit Ausnahme des Bundesprogramms ESF und eines kleinen Programms zur Vernetzung im ELER werden die Mittel aus den ESI-Fonds in den Bundesländern programmiert und verwaltet. Den Bundesländern und, für das Bundesprogramm ESF, dem Bund wurden für die siebenjährige Programmperiode 2014 bis 2020 die folgenden Mittel pro Jahr (Euro in Preisen 2014) zugewiesen:

Liste der ESI-Programme mit indikativen Finanzangaben nach Jahren in Euro

Fonds	Gesamt	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
<b>EFRE</b>	<b>10.773.842.813</b>	1.449.259.253	1.478.233.348	1.507.783.403	1.537.918.715	1.568.656.214	1.600.007.840	1.631.984.040
<b>ESF</b>	<b>7.495.616.321</b>	1.008.083.654	1.028.306.193	1.048.930.698	1.069.963.644	1.091.416.881	1.113.298.742	1.135.616.509
<b>ELER</b>	<b>9.445.920.050</b>	664.601.903	1.498.240.410	1.685.574.112	1.404.073.302	1.400.926.899	1.397.914.658	1.394.588.766
<b>EMFF</b>	<b>219.596.276</b>	0	60.584.631	30.763.242	31.261.850	31.989.281	32.208.016	32.789.256
<b>Insgesamt</b>	<b>27.934.975.460</b>	3.121.944.810	4.065.364.582	4.273.051.455	4.043.217.511	4.092.989.275	4.143.429.256	4.194.978.571

Liste der EFRE-Programme mit indikativen Finanzangaben nach Jahren in Euro

Programm	Gesamt	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>246.585.038</b>	33.167.053	33.831.063	34.508.272	35.198.895	35.903.317	36.621.814	37.354.624
<b>Bayern</b>	<b>494.704.308</b>	66.540.468	67.872.620	69.231.253	70.616.793	72.030.022	73.471.486	74.941.666
<b>Berlin</b>	<b>635.213.023</b>	85.439.669	87.150.186	88.894.704	90.673.775	92.488.396	94.339.272	96.227.021
<b>Brandenburg</b>	<b>845.643.228</b>	113.743.697	116.020.864	118.343.299	120.711.731	123.127.491	125.591.516	128.104.630
<b>Bremen</b>	<b>103.021.352</b>	13.856.941	14.134.361	14.417.294	14.705.830	15.000.133	15.300.315	15.606.478
<b>Hamburg</b>	<b>55.472.740</b>	7.461.391	7.610.769	7.763.117	7.918.482	8.076.951	8.238.587	8.403.443
<b>Hessen</b>	<b>240.723.366</b>	32.378.626	33.026.851	33.687.962	34.362.168	35.049.845	35.751.262	36.466.652
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>967.806.184</b>	130.293.030	132.861.198	135.480.418	138.151.513	140.875.984	143.654.888	146.489.153
<b>Niedersachsen*</b>	<b>690.789.930</b>	92.915.071	94.775.246	96.672.398	98.607.125	100.580.514	102.593.331	104.646.245
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>1.211.731.011</b>	162.984.530	166.247.508	169.575.350	172.969.100	176.430.667	179.961.395	183.562.461
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>186.025.744</b>	25.021.493	25.522.427	26.033.319	26.554.330	27.085.752	27.627.792	28.180.631
<b>Saarland</b>	<b>143.289.081</b>	19.273.175	19.659.027	20.052.549	20.453.866	20.863.201	21.280.716	21.706.547
<b>Sachsen</b>	<b>2.089.020.063</b>	280.984.766	286.610.128	292.347.314	298.198.128	304.165.858	310.252.822	316.461.047
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>1.427.495.230</b>	192.006.012	195.850.005	199.770.411	203.768.462	207.846.406	212.005.826	216.248.108
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>271.244.600</b>	36.483.901	37.214.314	37.959.248	38.718.935	39.493.803	40.284.152	41.090.247
<b>Thüringen</b>	<b>1.165.077.915</b>	156.709.430	159.846.781	163.046.495	166.309.582	169.637.874	173.032.666	176.495.087
<b>Insgesamt</b>	<b>10.773.842.813</b>	<b>1.449.259.253</b>	<b>1.478.233.348</b>	<b>1.507.783.403</b>	<b>1.537.918.715</b>	<b>1.568.656.214</b>	<b>1.600.007.840</b>	<b>1.631.984.040</b>

\* Hinweis: Die Finanzmittel entsprechen dem EFRE-Anteil am Multifonds OP Niedersachsen.



## Liste der ESF-Programme mit indikativen Finanzangaben nach Jahren in Euro

Programm	Gesamt	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Baden-Württemberg	259.657.066	34.925.319	35.624.527	36.337.635	37.064.867	37.806.631	38.563.215	39.334.872
Bayern	297.878.586	40.066.326	40.868.458	41.686.535	42.520.815	43.371.767	44.239.720	45.124.965
Berlin	215.088.592	28.930.612	29.509.804	30.100.513	30.702.920	31.317.364	31.944.086	32.583.293
Brandenburg	362.418.526	48.747.298	49.723.228	50.718.557	51.733.599	52.768.924	53.824.936	54.901.984
Bremen	76.161.404	10.244.132	10.449.221	10.658.386	10.871.695	11.089.265	11.311.183	11.537.522
Hamburg	78.176.271	10.515.143	10.725.657	10.940.356	11.159.308	11.382.634	11.610.423	11.842.750
Hessen	172.204.566	23.162.472	23.626.187	24.099.119	24.581.420	25.073.357	25.575.124	26.086.887
Mecklenburg-Vorpommern	384.589.073	51.776.147	52.796.692	53.837.524	54.898.969	55.981.626	57.085.914	58.212.201
Niedersachsen*	287.518.635	38.672.853	39.447.088	40.236.714	41.041.979	41.863.337	42.701.103	43.555.561
Nordrhein-Westfalen	627.000.596	84.335.067	86.023.463	87.745.422	89.501.487	91.292.644	93.119.587	94.982.926
Rheinland-Pfalz	109.055.968	14.668.634	14.962.302	15.261.807	15.567.244	15.878.785	16.196.550	16.520.646
Saarland	73.951.945	9.946.948	10.146.087	10.349.184	10.556.304	10.767.563	10.983.043	11.202.816
Sachsen	662.701.657	89.137.045	90.921.583	92.741.594	94.597.652	96.490.800	98.421.772	100.391.211
Sachsen-Anhalt	611.783.670	82.288.292	83.935.717	85.615.890	87.329.341	89.077.031	90.859.639	92.677.760
Schleswig-Holstein	88.790.767	11.942.852	12.181.949	12.425.799	12.674.479	12.928.128	13.186.845	13.450.715
Thüringen	499.319.106	67.161.185	68.505.762	69.877.069	71.275.535	72.701.947	74.156.857	75.640.751
Bundesprogramm ESF	2.689.319.893	361.563.329	368.858.468	376.298.594	383.886.030	391.625.078	399.518.745	407.569.649
Insgesamt	7.495.616.321	1.008.083.654	1.028.306.193	1.048.930.698	1.069.963.644	1.091.416.881	1.113.298.742	1.135.616.509

\* Hinweis: Die Finanzmittel entsprechen dem ESF-Anteil am Multifonds OP Niedersachsen.

## Liste der ELER-Programme mit indikativen Finanzangaben nach Jahren in Euro

Programm	Gesamt	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Baden-Württemberg	709.573.862	0	136.251.530	150.989.062	105.282.897	105.485.300	105.691.311	105.873.762
Bayern	1.515.975.451	190.175.243	189.875.127	228.862.472	228.304.989	227.266.767	226.264.176	225.226.677
Brandenburg/Berlin	1.050.658.161	0	212.949.048	224.440.464	153.082.771	153.244.289	153.407.816	153.533.773
Hessen	318.864.991	39.475.863	39.413.566	47.857.928	47.739.896	47.933.540	48.130.410	48.313.788
Mecklenburg-Vorpommern	936.781.072	124.630.414	124.433.735	137.956.498	137.670.068	137.517.776	137.372.722	137.199.859
Niedersachsen/Bremen	1.119.923.554	0	206.947.906	239.312.162	169.826.336	168.874.166	167.953.286	167.009.698
Nordrhein-Westfalen	618.257.729	75.349.690	75.230.780	94.274.772	94.030.547	93.570.613	93.128.383	92.672.944
Rheinland-Pfalz	299.804.232	0	57.047.439	63.653.581	44.514.597	44.690.104	44.866.935	45.031.576
Saarland	33.609.276	0	6.312.177	7.127.831	5.009.896	5.031.309	5.053.426	5.074.637
Sachsen	878.973.146	120.198.080	120.008.395	128.387.452	128.141.977	127.778.563	127.420.699	127.037.980
Sachsen-Anhalt	859.308.363	114.422.613	114.242.042	126.832.969	126.569.252	126.157.498	125.754.700	125.329.289
Schleswig-Holstein	419.478.164	0	76.825.591	89.529.384	63.730.006	63.426.007	63.134.404	62.832.772
Thüringen	679.712.049	0	137.953.074	145.599.537	99.370.070	99.150.967	98.936.390	98.702.011
Netzwerk ländlicher Raum	5.000.000	350.000	750.000	750.000	800.000	800.000	800.000	750.000
Insgesamt	9.445.920.050	664.601.903	1.498.240.410	1.685.574.112	1.404.073.302	1.400.926.899	1.397.914.658	1.394.588.766

- 2014 teilweise verspätete Programmgenehmigung im ELER, Beträge wurden auf die folgenden Jahre aufgeteilt
  6. In welcher Höhe fließen welche EU-Mittel über den Bund in Länderprogramme und direkt an Kommunen (bitte nach Ressortzuständigkeit, Programmtitel, jeweiligen Volumen für die Bundesländer und Destinatären sowie Mittelabrufen der einzelnen Programmtitel für die letzten fünf Haushaltsjahre aufschlüsseln)?

Die Höhe der in den einzelnen Jahren den Ländern zur Verfügung stehenden Mittel ergibt sich aus der Auflistung zu den jeweiligen Fonds in der Antwort zu Frage 5. Kommunen profitieren von EU-Strukturfonds entsprechend der jeweiligen Ausgestaltung der operationellen Programme der Länder bzw. der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum für den ELER sowie des ESF-Bundesprogrammes.

Im Bereich des ELER kommen die im Rahmen des Bottom-Up geprägten LEADER-Ansatzes vorgesehenen Mittel unmittelbar dem kommunalen Bereich zu Gute, zusammen mit nationaler Kofinanzierung rund 1,3 Mrd. Euro für Förderperiode 2014 bis 2020.

Die zu Beginn der Förderperiode (2014 bis 2020) jedem Programm zugeteilten jährlichen Finanzmittel müssen bis zum Ende des dritten Jahres nach ihrer Zuteilung ausgegeben werden (sogenannte N+3-Regel). Daher sind zurzeit die Mittelabrufe nur für die Jahre 2014 und 2015 abgeschlossen. In der laufenden Förderperiode wurden bislang alle dem Bund (Bundesprogramm ESF) und den Ländern für diesen Zeitraum zugewiesenen Mittel abgerufen.

Insgesamt wurden bis zum 31. März 2019 rd. 31 Prozent der Deutschland für die laufende Förderperiode zugewiesenen Mittel ausgezahlt. Der EU-Durchschnitt der Auszahlungsrate betrug zu diesem Zeitpunkt 30 Prozent.

7. In welcher Höhe kamen die in Frage 5 genannten Mittel in den letzten fünf Jahren den Übergangsregionen zu Gute, in welcher Höhe den stärker entwickelten Regionen?

Zur Aufteilung der EU-Strukturfondsmittel auf die Bundesländer siehe Tabellen in der Antwort zu Frage 5.

Die Einteilung in die verschiedenen Gebietskategorien (Übergangsregionen, stärker entwickelte Regionen) erfolgt nicht auf Ebene der Bundesländer, sondern auf Ebene der sogenannten Nuts-2 Regionen.

In Deutschland sind in der laufenden Förderperiode alle Regionen der neuen Bundesländer mit Ausnahme der Region Leipzig plus Lüneburg Übergangsregionen (d. h. BIP pro Kopf zwischen 75 Prozent und 90 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU-27). Die übrigen Regionen (alle alten Bundesländer ohne Lüneburg plus Leipzig) sind stärker entwickelte Regionen (d. h. BIP pro Kopf über 90 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU-27).

Für den EFRE und den ESF stehen für Deutschland in der laufenden Förderperiode insgesamt rd. 18,3 Mrd. Euro zur Verfügung (s. Tabelle 5). Davon entfallen rd. 9,8 Mrd. Euro auf die Übergangsregionen, deren Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland rd. 17 Prozent beträgt, sowie rd. 8,5 Mrd. Euro auf die stärker entwickelten Regionen.

8. In welcher Höhe rechnet die Bundesregierung mit Einschnitten für die Übergangsregionen bzw. die stärker entwickelten Regionen nach den aktuellen Vorschlägen der Europäischen Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?
9. In welcher Höhe sind in welchen Programmen bzw. bei welchen Instrumenten Kürzungen durch den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 nach dem jetzigen Diskussionsstand zu erwarten?

Die Fragen 8 und 9 werden zusammen beantwortet.

Die Europäische Kommission hat zusammen mit dem Vorschlag für einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den Legislativvorschlägen zur Kohäsionspolitik einen Vorschlag für die Verteilung der EU-Strukturfondsmittel vorgelegt, der sich u.a. auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) bezieht. Der ELER soll nach dem Vorschlag der EU-Kommission nicht mehr Teil der ESI-Fonds sein. Danach soll Deutschland für die Förderperiode 2021 bis 2027 17,7 Mrd. Euro in laufenden Preisen bzw. 15,7 Mrd. Euro in konstanten Preisen (2018) erhalten. Dies entspricht einem Mittelrückgang von etwa 7,8 Prozent in laufenden bzw. 20,7 Prozent in konstanten Preisen (2018).

Die Gesamtausstattung des MFR und der EU-Kohäsionspolitik sowie die Aufteilung dieser Mittel auf die Mitgliedstaaten wird im Rahmen der Verhandlungen zum MFR 2021-2027 von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten einstimmig festgelegt. Der Europäische Rat hat vereinbart, eine Einigung im Herbst 2019 anzustreben. Anschließend ist eine Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich. Über eine Aufteilung der EU-Strukturfondsmittel zwischen den Regionen Deutschlands wird erst nach Abschluss der Verhandlungen zum nächsten MFR entschieden.

10. Wie ist die Bereitschaft der Bundesregierung, auf Forderungen seitens der Länder einzugehen, etwaige Kürzungen bei der Strukturförderung und der Förderung für die ländlichen Räume seitens der EU zu kompensieren?

Die Frage einer möglichen nationalen Kompensation stellt sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht. Es wird zudem auf die Antwort zu den Fragen 8 und 9 verwiesen.

Tabelle 1

Verteilung der Mittel auf die Bundesländer	Haushaltsjahr														
	2018			2017			2016			2015			2014		
	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %
	in 1000 €			in 1000 €			in 1000 €			in 1000 €			in 1000 €		
Gesamt	624.000	504.169	81	624.000	504.843	81	624.000	467.013	75	600.000	533.053	89	582.794	554.475	95
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bayern	9.810	17.874	182	9.810	19.149	195	9.810	16.068	164	9.429	13.563	144	9.155	17.054	186
Berlin	66.945	64.858	97	66.945	68.409	102	66.945	69.028	103	64.341	70.000	109	62.474	60.390	97
Brandenburg	76.817	70.000	91	76.817	51.850	67	76.817	55.700	73	73.829	58.810	80	71.686	70.938	99
Bremen	9.317	5.254	56	9.317	8.210	88	9.317	4.775	51	8.954	1.997	22	8.694	1.488	17
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	8.021	4.687	58	8.021	2.627	33	8.021	3.450	43	7.709	2.022	26	7.485	3.437	46
Mecklenburg-Vorpommern	62.564	64.734	103	62.564	70.649	113	62.564	64.187	103	60.130	66.623	111	58.386	63.245	108
Niedersachsen	21.348	14.551	68	21.348	15.167	71	21.348	16.305	76	20.518	16.100	78	19.922	19.479	98
Nordrhein-Westfalen	40.167	31.521	78	40.167	27.701	69	40.167	20.100	50	38.604	19.500	51	37.484	20.500	55
Rheinland-Pfalz	6.479	5.377	83	6.479	4.747	73	6.479	3.786	58	6.227	3.499	56	6.046	2.974	49
Saarland	8.515	3.706	44	8.515	4.518	53	8.515	4.240	50	8.183	2.965	36	7.946	3.452	43
Sachsen	123.338	91.774	74	123.338	98.380	80	123.338	88.251	72	118.541	127.087	107	115.101	130.339	113
Sachsen-Anhalt	85.455	38.733	45	85.455	46.933	55	85.455	51.472	60	82.131	59.132	72	79.747	67.772	85
Schleswig-Holstein	23.076	19.022	82	23.076	20.489	89	23.076	10.597	46	22.178	9.537	43	21.535	12.407	58
Thüringen	75.151	66.689	89	75.151	65.139	87	75.151	58.231	77	72.227	75.219	104	70.132	74.000	106

Tabelle 2

Verteilung der Mittel auf die Bundesländer	Haushaltsjahr														
	2018			2017			2016			2015			2014		
	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %	Soll	Ist	Inanspruchnahme in %
	in 1000 €			in 1000 €			in 1000 €			in 1000 €			in 1000 €		
<b>Gesamt</b>	<b>432.395</b>	<b>432.395</b>		<b>510.061</b>	<b>510.061</b>		<b>557.297</b>	<b>532.661</b>		<b>532.661</b>	<b>496.676</b>		<b>496.676</b>	<b>496.676</b>	
Baden-Württemberg	75.533	75.533		86.517	86.517		91.124	85.037		85.037	83.781		83.781	83.781	
Bayern	50.020	50.020		54.849	54.849		56.861	53.703		53.703	54.212		54.212	54.212	
Berlin	28.859	28.859		35.500	35.500		41.145	41.967		41.967	39.572		39.572	39.572	
Brandenburg	18.400	18.400		22.669	22.669		26.075	26.411		26.411	23.645		23.645	23.645	
Bremen	6.607	6.607		7.126	7.126		7.921	7.838		7.838	6.516		6.516	6.516	
Hamburg	6.391	6.391		7.356	7.356		8.161	7.355		7.355	5.601		5.601	5.601	
Hessen	17.565	17.565		19.407	19.407		20.972	20.730		20.730	20.611		20.611	20.611	
Mecklenburg-Vorpommern	6.628	6.628		9.537	9.537		10.943	11.841		11.841	11.680		11.680	11.680	
Niedersachsen	22.144	22.144		27.247	27.247		30.673	27.018		27.018	25.451		25.451	25.451	
Nordrhein-Westfalen	65.003	65.003		75.063	75.063		80.546	74.411		74.411	69.127		69.127	69.127	
Rheinland-Pfalz	11.509	11.509		14.829	14.829		15.843	13.474		13.474	12.194		12.194	12.194	
Saarland	3.433	3.433		4.056	4.056		3.920	2.778		2.778	2.509		2.509	2.509	
Sachsen	71.110	71.110		85.146	85.146		93.415	89.987		89.987	80.324		80.324	80.324	
Sachsen-Anhalt	13.207	13.207		17.350	17.350		21.976	22.728		22.728	20.635		20.635	20.635	
Schleswig-Holstein	6.074	6.074		6.819	6.819		7.738	7.478		7.478	6.126		6.126	6.126	
Thüringen	29.914	29.914		36.588	36.588		39.985	39.904		39.904	34.693		34.693	34.693	

Tabelle 3

Verteilung der Mittel auf die Bundesländer	Haushaltsjahr																		
	2018				2017				2016				2015				2014		
	Soll	Ist	Inanspruchnahme		Soll	Ist	Inanspruchnahme		Soll	Ist	Inanspruchnahme		Soll	Ist	Inanspruchnahme		Soll	Ist	Inanspruchnahme
	in 1000 €	in 1000 €	in %		in 1000 €	in 1000 €	in %		in 1000 €	in 1000 €	in %		in 1000 €	in 1000 €	in %		in 1000 €	in 1000 €	in %
<b>Gesamt</b>	<b>65.216</b>	<b>64.994</b>	<b>100</b>	<b>66.212</b>	<b>65.427</b>	<b>99</b>		<b>63.623</b>	<b>63.412</b>	<b>100</b>		<b>63.695</b>	<b>63.491</b>	<b>100</b>		<b>63.078</b>	<b>62.294</b>	<b>99</b>	
Baden-Württemberg																			
Bayern																			
Berlin	6.363	6.252	98	7.526	6.992	93		8.232	8.229	100		7.495	7.495	100		6.767	6.477	96	
Brandenburg	1.291	1.291	100	1.268	1.199	95		1.488	1.438	97		1.608	1.594	99		1.547	1.682	109	
Bremen	1.257	1.256	100	504	504	100													
Hamburg																			
Hessen																			
Mecklenburg-Vorpommern	774	770	99	1.037	974	94		1.001	1.000	100		1.080	1.067	99		1.204	1.202	100	
Niedersachsen																			
Nordrhein-Westfalen	2.657	2.636	99	1.443	1.443	100													
Rheinland-Pfalz	191	191	100	37	37	100													
Saarland																			
Sachsen	26.538	26.492	100	27.678	27.588	100		26.012	26.010	100		26.527	26.307	99		27.398	27.336	100	
Sachsen-Anhalt	3.119	3.152	101	2.389	2.380	100		4.152	4.218	102		4.671	4.692	100		4.164	3.870	93	
Schleswig-Holstein	180	180	100																
Thüringen	22.846	22.774	100	24.330	24.310	100		22.738	22.517	99		22.314	22.336	100		21.998	21.727	99	

Tabelle 4

prozentualer Anteil der abgerufenen GAK-Bundesmittel am GAK-Rahmenplan

Länder	2014			2015			2016			2017			2018		
	Soll GAK insgesamt	Ist GAK insgesamt	prozentualer Anteil abgerufener Mittel *	Soll GAK insgesamt	Ist GAK insgesamt	prozentualer Anteil abgerufener Mittel *	Soll GAK insgesamt	Ist GAK insgesamt	prozentualer Anteil abgerufener Mittel *	Soll GAK insgesamt	Ist GAK insgesamt	prozentualer Anteil abgerufener Mittel *	Soll GAK insgesamt	Ist GAK insgesamt	prozentualer Anteil abgerufener Mittel *
Baden-Württemberg	56.255.000,00	55.964.189,98	99,48	64.374.000,00	64.519.363,22	100,23	79.292.000,00	74.413.377,31	93,85	81.362.000,00	76.065.837,97	93,49	82.495.000,00	81.721.540,00	99,06
Bayern	105.789.000,00	104.227.232,81	98,52	106.144.000,00	105.848.950,45	99,72	128.632.000,00	123.881.000,00	96,31	125.670.000,00	131.512.996,75	104,65	135.870.000,00	135.868.561,56	100,00
Berlin	508.000,00	24.965,12	4,91	497.000,00	19.987,70	4,02	527.000,00	27.293,40	5,18	566.000,00	26.958,74	4,76	557.000,00	27.246,25	4,89
Brandenburg	48.638.000,00	33.742.994,37	69,38	47.707.000,00	30.931.082,04	64,84	53.563.000,00	31.404.648,82	58,63	54.744.000,00	35.155.421,58	64,22	54.765.000,00	40.588.949,24	74,11
Bremen *	9.522.000,00	7.467.027,49	78,42	9.213.000,00	6.213.000,00	67,44	10.284.000,00	9.284.000,00	90,28	8.417.000,00	11.368.161,69	135,06	7.386.000,00	8.740.095,46	118,33
Hamburg **	10.503.000,00	13.993.000,00	133,23	11.859.000,00	15.731.169,46	133,65	11.769.000,00	13.563.000,00	115,24	11.181.000,00	12.256.000,00	109,61	12.574.000,00	12.479.000,00	99,24
Hessen	25.949.000,00	25.490.930,09	98,23	25.385.000,00	25.544.271,18	100,63	28.239.000,00	26.028.239,98	92,17	28.829.000,00	28.312.283,89	98,21	28.828.000,00	28.369.947,40	98,41
Mecklenburg-Vorpommern	50.028.000,00	39.420.234,16	78,80	45.820.000,00	35.789.878,14	78,11	50.756.000,00	39.563.815,83	77,95	51.669.000,00	40.967.458,64	79,29	50.995.000,00	46.430.900,81	91,05
Niedersachsen	89.893.000,00	88.313.727,76	98,24	88.162.000,00	81.103.389,24	91,99	97.809.000,00	91.388.085,87	93,44	99.993.000,00	96.001.621,94	96,01	100.353.000,00	95.492.343,25	95,16
NRW	37.779.000,00	33.991.092,48	89,97	38.959.000,00	31.256.688,41	80,23	49.124.000,00	30.389.097,41	61,86	58.532.000,00	35.890.821,99	61,32	55.715.000,00	41.795.696,50	75,02
Rheinland-Pfalz	30.226.000,00	29.548.940,66	97,76	30.803.000,00	28.830.810,58	93,60	38.679.000,00	32.568.740,07	84,20	40.160.000,00	33.510.454,49	83,44	38.399.000,00	30.096.519,62	78,38
Saarland	3.817.000,00	2.928.400,92	76,72	3.715.000,00	2.463.602,21	66,31	4.152.000,00	2.788.498,04	67,16	4.241.000,00	3.694.446,24	87,11	4.174.000,00	3.640.231,72	87,21
Sachsen	32.215.000,00	32.714.000,00	101,55	32.275.000,00	30.766.035,66	95,32	40.459.000,00	32.364.736,28	79,99	40.711.000,00	40.176.198,52	98,69	45.018.000,00	43.646.243,10	96,95
Sachsen-Anhalt	33.313.000,00	33.001.275,00	99,06	35.748.000,00	35.266.400,00	98,65	43.049.000,00	35.434.493,61	82,31	43.900.000,00	37.002.296,43	84,29	48.093.000,00	36.066.120,00	74,99
Schleswig-Holstein	40.276.000,00	36.210.121,93	89,90	39.683.000,00	36.945.713,18	93,10	43.328.000,00	40.006.799,69	92,33	44.214.000,00	41.080.327,68	92,91	43.513.000,00	40.777.333,68	93,71
Thüringen	30.489.000,00	29.900.091,90	98,07	30.855.000,00	27.098.548,30	87,83	33.982.000,00	27.693.783,58	81,50	34.336.000,00	27.836.587,59	81,07	34.474.000,00	30.704.602,55	89,07
<b>Länder insgesamt</b>	<b>605.200.000,00</b>	<b>566.938.234,67</b>	<b>93,68</b>	<b>611.199.000,00</b>	<b>558.328.889,77</b>	<b>91,35</b>	<b>713.646.000,00</b>	<b>610.799.609,39</b>	<b>85,59</b>	<b>728.523.000,00</b>	<b>650.857.874,14</b>	<b>89,34</b>	<b>743.209.000,00</b>	<b>676.445.331,14</b>	<b>91,02</b>

\* über 100 %-Abruf bedeutet eine höhere Zuweisung als dem Schlüssel entspricht

\*\* Anmerkung ein höheres "Ist" gegenüber Soll bei einzelnen Ländern in der Titelgruppe 01 ist zurückzuführen auf die Zuweisung von Breitband-Ausgabenresten

